

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Rates am 07.10.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Erlass einer Allgemeinverfügung zum Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Absatz 1 Satz 1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (Denkmalschutzgesetz - DSchG NRW) Vorlage: FB4/0131/2025	5
3 Taktverdichtung der U76 in den Abendstunden (Mo-Fr.) Vorlage: DezIII/0220/2025	6
4 Linienänderung und Taktverdichtung der Buslinie 839 Vorlage: DezIII/0221/2025	6
5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Quartier Eichendorffstraße ("Die blaue Blume")" 1. Einleitungsbeschluss 2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und § 4 (1) Baugesetzbuch Vorlage: FB4/0216/2025	6
6 Anpassung Quartierskonzept "RheinEck" in Meerbusch-Büderich und Ergänzung des LOI (Letter of Intent) Vorlage: FB4/0217/2025	7
7 1. Änderung der Gestaltungssatzung GS 24 zum Bebauungsplan Meerbusch-Lank-Latum Nr. 164 B "Krahnengasse / Kaldenberg" Vorlage: FB4/0225/2025	7
8 Live-Stream von Ratssitzungen ("Rats-TV") - hier: Beendigung Vorlage: SB9JR/0162/2025	8
9 Bürgerantrag Bücherschrank am Deutschen Eck Vorlage: FB3/0242/2025/1	9
10 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2023 Vorlage: RPA/0243/2025	10
11 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Verbot des Badens im Rhein vom 18.08.2025 Vorlage: FB1/0234/2025	11
12 Änderungen der Gemeindeordnung NRW Vorlage: SB9JR/0089/2025	11
13 Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder	11
14 Anträge	12
14.1 Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler vom 14.09.2025 bzgl. Erhalt des Grundstückes "Alter Teich" als Park und Biotop Vorlage: SB9JR/0605/2025	12
14.2 Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler vom 16.09.2025 bzgl. Digitalen Audioaufzeichnungen von Sitzungen Vorlage: SB9JR/0606/2025	13
15 Anfragen	13
15.1 Anfrage der Fraktion Grün-alternativ bzgl. Bürgerwünsche Vorlage: SB9JR/0259/2025	13
16 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	13
17 Termin der nächsten Sitzung: 20.11.2025 (konstituierende Sitzung)	13
18 Verschiedenes	14

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Christian Bößen	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied
Frau Inga Werner	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Boldt	Ratsmitglied	
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied	
Frau Aliina Housden	Ratsmitglied	abwesend bis 17:50 Uhr
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied	
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	abwesend bis 18:08 Uhr
Herr Christoph Weigle	Ratsmitglied	
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied	

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Herr Torsten Schmitt	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied
Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Herr Arnd Römmler	Fachbereich 1
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Justizariat und Ratsbüro
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer

Schriftführer

Herr Tim Hofmeister	Referent des Bürgermeisters
---------------------	-----------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel

Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten

Beigeordnete

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Rates, der Verwaltung, die Vertreterin der Presse sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer im Publikum.

Herr Bürgermeister Bommers greift den im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss durch die Fraktion Grün-Alternativ gestellten Antrag zum Thema Verpackungssteuer auf. Verwaltungsseitig sei die in der Ausschusssitzung fragliche Zulässigkeit der Beschlussfassung über eine Informationsvorlage mit dem Ergebnis geprüft worden, dass eine Abstimmung möglich gewesen wäre. Aus diesem Grund werde im Rahmen dieser Sitzung über den Antrag abgestimmt. Ratsherr Peters bedankt sich für die Prüfung, moniert jedoch, dass keine Abstimmung in der zurückliegenden Ausschusssitzung stattgefunden habe.

Herr Bürgermeister Bommers bittet zudem darum, die unter Tagesordnungspunkt 13 vorgesehene Verabschiedung der ausscheidenden Ratsleute an das Ende des öffentlichen Sitzungsteils zu verschieben. Zu diesem Vorschlag erfolgt keine Gegenrede.

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Erlass einer Allgemeinverfügung zum Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Absatz 1 Satz 1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (Denkmalschutzgesetz - DSchG NRW)
Vorlage: FB4/0131/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, beim Kauf von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz/ Erbbaurechts auf die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 31 Denkmalschutzgesetz NRW bis auf Widerruf zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
SPD	9	9		
FDP	6	6		
Bündnis 90/ Die Grünen	7			7
GRÜNalternativ	4		4	
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2		2	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	40	6	7

Ratsherr Damblon teilt mit, dass es im Rahmen der Vorberatung keine Abstimmung gegeben habe.

Ratsherr Peters sagt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehne. Er gehe davon aus, dass die Stadt durch den Beschluss Möglichkeiten der Einflussnahme aufgeben. Ratsherr Damblon entgegnet, dass seitens der Stadtverwaltung dargelegt worden sei, dass der bürokratische Aufwand reduziert

werde und man keine rechtlichen Möglichkeiten einbüße. Ratsherr Jörgens schließt sich den Ausführungen an.

3 Taktverdichtung der U76 in den Abendstunden (Mo-Fr.)

Vorlage: DezIII/0220/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Taktverdichtung auf der Stadtbahnlinie U76 ab 07.01.2026 an Werktagen von Montag bis Freitag zwischen 17:30 Uhr und 18.30 Uhr, bei einer Beibehaltung der Taktung an Samstagen zu beschließen. Die Mehraufwendungen in Höhe von 85.000,- € jährlich sind bei den Haushaltsberatungen 2026 zusätzlich bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsherr Peters greift die Ausführungen von Herrn Kämmerer Volmerich in der vergangenen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss auf. Er habe zurecht auf die durch die Beschlussfassung entstehenden zusätzlichen Aufwendungen hingewiesen. Man befinde sich vor diesem Hintergrund derzeit in einer Interessenskollision. Bei fehlender Beschlussfassung könne jedoch eine erforderliche Taktverdichtung ab Januar 2026 nicht vollzogen werden.

Herr Volmerich betont, dass ihm wichtig sei, dass die Ausschüsse bzw. der Rat Entscheidungen stets vor dem Hintergrund einer bekannten Haushaltssituation treffen. Diese sei für 2026 noch nicht bekannt und stelle sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits prekär dar. Aus diesem Grund habe er darum gebeten, ähnlich gelagerte Anträge und Beschlussfassungen in den Haushaltsberatungen zu diskutieren.

Ratsherr Bertholdt wirbt für einen erneuten Dialog mit der Rheinbahn. Das seitens der Rheinbahn zugrunde gelegte Zahlenwerk sei teilweise nicht nachvollziehbar. Somit basiere der Beschluss aus seiner Sicht auf „Hoffen und Glauben“. Ziel müsse ein bedarfsgerechtes jedoch so kostengünstig wie mögliches ÖPNV-Netz sein.

4 Linienänderung und Taktverdichtung der Buslinie 839

Vorlage: DezIII/0221/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt

1. den neuen Linienweg der Buslinie 839 dauerhaft beizubehalten und die Haltestellen in den nächsten Jahren barrierefrei auszubauen.
2. die geplante Taktverdichtung aufgrund der dauerhaft niedrigen Auslastung zunächst nicht umzusetzen.
3. die benötigten Mittel (siehe finanzielle Auswirkungen) im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 entsprechend bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Quartier Eichendorffstraße ("Die blaue Blume")"

1. Einleitungsbeschluss
2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öff-

**öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und § 4 (1) Baugesetzbuch
Vorlage: FB4/0216/2025**

Beschluss:

1. Für das als Geltungsbereich gekennzeichnete Gebiet (Anlage 1) wird gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 12 BauGB der Einleitungsbeschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24 "Wohnbebauung Quartier Eichendorffstraße ("Die blaue Blume")" gefasst. Der Bebauungsplan dient der Schaffung von Planungsrecht zur zeitgemäßen Neustrukturierung des bereits weitgehend bebauten Quartiers im Bereich der Eichendorffstraße in Lank-Latum auf Grundlage des aus einem städtebaulichen Wettbewerb hervorgegangenen Siegerentwurfs (Anlage 3). Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt.
2. Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt den Siegerentwurf (Anlage 3) des städtebaulichen Wettbewerbs als Vorentwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf dieser Grundlage durchzuführen.

Abstimmungsergebnisse:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Herr Bürgermeister Bommers weist auf einen redaktionellen Fehler bei der Beschlussvorlage hin. Fälschlicherweise wurde Bebauungsplan Nr. 23 angegeben, korrekt sei jedoch Nr. 24.

Ratsfrau Glasmacher begrüßt das Bauprojekt ausdrücklich und erinnert daran, dass dies nicht das einzige geplante Wohnbauprojekt in Lank-Latum sei. Man müsse die Versorgungssituation im Blick behalten und eine Überlastung der Infrastruktur weitgehend ausschließen. Ratsherr Damblon entgegnet, dass dies bereits geschehe; aus diesem Grund sei für das betreffende Bauprojekt bspw. auch der Neubau einer Kindertagesstätte geplant.

- 6 Anpassung Quartierskonzept "RheinEck" in Meerbusch-Büderich und Ergänzung des LOI (Letter of Intent)
Vorlage: FB4/0217/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die vom Flächen- und Gebäudeeigentümer GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH) angefragte erste Ergänzung (Anlage 1) zum Letter of Intent (LOI) vom 09.02.2022 (Anlage 2) und die daraus resultierenden Änderungen zum 2020 beschlossenen Quartierskonzept „RheinEck“. Der geänderte LOI gilt weiterhin als integriertes, informelles städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr.11 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

- 7 1. Änderung der Gestaltungssatzung GS 24 zum Bebauungsplan Meerbusch-Lank-Latum Nr. 164 B "Krahnengasse / Kaldenberg"
Vorlage: FB4/0225/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende fett markierte Änderung des § 3 (1) der Gestal-

tungs-satzung:

Die jeweils zulässige Dachneigung ist im Plan (Anlage 1) festgesetzt und beträgt für alle übrigen Bau-fenster ohne gesonderten Eintrag mindestens 20 ° und maximal 40°.

Abstimmungsergebnisse:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
SPD	9	9		
FDP	6	6		
Bündnis 90/ Die Grünen	7		7	
GRÜNalternativ	4			4
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2		2	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	40	9	4

**8 Live-Stream von Ratssitzungen ("Rats-TV") - hier: Beendigung
Vorlage: SB9JR/0162/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Beendigung des Live-Streamings der Ratssitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
SPD	9		9	
FDP	6	6		
Bündnis 90/ Die Grünen	7	7		
GRÜNalternativ	4	4		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2		2	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	42	11	0

Ratsherr Focken sagt, dass die demokratische Teilhabe ein wichtiger Aspekt für den Erhalt des Live-Streams sei. In Zeiten wachsender Politikverdrossenheit sollte man auf ein solches Tool nicht verzichten. Die Kosten für den Live-Stream seien anteilig mit Blick auf den Gesamthaushalt gering. Er weist zudem darauf hin, dass die laufenden Kosten, die durch die Miete der Geräte anfallt, durch eine Anschaffung der notwendigen Infrastruktur deutlich reduziert werden könnten. Diese Vorgehensweise habe es in mehreren der umliegenden Kommunen gegeben.

Ratsherr Mocka teilt mit, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf einem anderen und praktikableren Weg erfolgen sollte. Seiner Fraktion sei der Schritt nicht leichtgefallen, jedoch stünden die Kosten in keinem guten Verhältnis zum Nutzen. Ratsherr Trautmann schließt sich dem an und ergänzt, dass die fehlende Archivierung und öffentliche Abrufbarkeit der Aufnahmen den Mehrwert des Live-Streams stark schmälere. Ratsherr Peters schließt sich den Ausführungen an.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes stimmt dem Aspekt der fehlenden Attraktivität durch das Ausbleiben der Speicherung zu. Dies sei jedoch ein lösbares Problem. Ihrer Ansicht nach müsse der neu konstituierte Rat über die Beschlussvorlage abstimmen. Ratsherr Quaß teilt die Auffassung, dass der neu konstituierte Rat über diesen Aspekt abstimmen müsse. Ratsfrau Kohn schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes an und wirbt für eine Speicherung der Videoaufzeichnungen, die auch für schulische Zwecke genutzt und dadurch neue Zielgruppen erreicht werden könnten.

Ratsherr Wagner plädiert dafür, die durch den Live-Stream entstandene Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beizubehalten.

9 Bürgerantrag Bücherschrank am Deutschen Eck **Vorlage: FB3/0242/2025/1**

Ratsherr Peters bittet darum, dass die Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion unter Tagesordnungspunkt 15.1 vor dem Hintergrund der Beschlussvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt erfolge.

Herr Volmerich erläutert einleitend, dass die Haushaltsposition der Bürgerwünsche erstmals vor circa zehn Jahren in den Haushalt eingestellt worden sei. Ziel sei es gewesen, Bürgerinnen und Bürger eine Antragstellung zu konsumtiven Aufwendungen für die Bearbeitung von städtischen Anlagegütern oder für die investive Anschaffung von Anlagegütern zu ermöglichen. Im vorliegenden Fall handele es sich um investive Auszahlungen. Hier schaffe die Stadt kein Anlagegut an, sondern überweise lediglich Geld an einen Dritten, der damit eine Maßnahme umsetzt. Dafür seien diese Konten im Haushalt nicht vorgesehen. Diese Sachlage sei vor Beschlussfassung des Kulturausschusses mit der Petentin dahingehend kommuniziert worden, dass im Jahr 2025 keine Mittel zur Verfügung stünden. Diese müssten zunächst für das Haushaltsjahr 2026 eingestellt werden. Schlussendlich gebe es zwei mögliche Handlungsoptionen: Einerseits könnte man einen investiven Zuschuss in Höhe einer gewissen Summe in den Haushalt einstellen, andererseits könnte man diese gewisse Summe für den Erwerb eines Bücherschranks in den Haushalt einstellen. So habe man es bei den bereits errichteten Bücherschränken gehandhabt und daher favorisiert Herr Volmerich letztere Variante. Dadurch würde die Stadt ein Anlagegut erwerben und im Anschluss die Bewirtschaftung dessen an die Adam-Riese-Schule übertragen.

Ratsherr Peters äußert sein Unverständnis bezüglich der Ausführungen und teilt mit, dass die Stadt bei den bisherigen Bücherschränken deutlich „spendabler“ gewesen sei.

Herr Volmerich betont, dass der Unterschied zwischen diesem und den bisherigen Bücherschränken sei, dass diese zu den jeweiligen Haushaltsberatungen durch die Fraktionen beantragt und in den Haushalt eingestellt wurden. Es habe seiner Auffassung nach keinen Bücherschrank gegeben, der aus Mitteln der Bürgerwünsche bezahlt worden sei. In der Vergangenheit habe man bspw. Sitzmöglichkeiten für bestimmte Orte aus den Mitteln der Bürgerwünsche beschafft. Sollte man eine Vorgehensweise analog zu den bisherigen Bücherschränken befürworten, so müsse eine Fraktion einen entsprechenden Haushaltsantrag für das Jahr 2026 einbringen.

Herr Volmerich führt weiter aus, dass beispielsweise im Servicebereich 11 haushälterisch 15.000€ für konsumtive Maßnahmen veranschlagt seien – davon seien bereits 7.000€ verausgabt. Investiv stün-

den für Maßnahmen unter und über 800€ jeweils 5.000€ zur Verfügung. Die Positionen der differenzierten Wertgrenzen seien gegenseitig deckungsfähig. Zudem habe man aus 2024 4.700€ übertragen können. Wenn die bislang geplanten Projekte umgesetzt seien, stünden hier noch circa 4.300€ zur Verfügung. Auch im Fachbereich 5 seien Gelder für Bürgerwünsche veranschlagt, jedoch habe es hier zuletzt im Jahr 2024 einen entsprechenden Antrag gegeben.

Herr Dezernent Annacker weist darauf hin, dass es im Vorfeld zur Sitzung des Kulturausschusses bereits einvernehmliche Absprachen zwischen der Petentin und der Stadtverwaltung gegeben habe. Die Thematik rund um die Bürgerwünsche sei seitens der Petentin erst in der Sitzung angesprochen worden. Der jetzt vorliegende Beschlussvorschlag sei das logische Ergebnis der Diskussion im zurückliegenden Kulturausschuss. Er ergänzt, dass vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung geplant gewesen sei, möglichst keine Mittel der Stadt für den Antrag zur Verfügung zu stellen, sondern eine Umsetzung durch Spendengelder zu realisieren. Dahingehend habe auch die Beratung der Petentin stattgefunden.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes moniert, dass der genannte Vorschlag von Herrn Volmerich nicht in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses kommuniziert worden sei. In diesem sei eine ablehnende Haltung der Stadtverwaltung ablesbar gewesen. Weiter habe sie den Eindruck, dass die Petentin falsch beraten worden sei. Ratsfrau Niegeloh schließt sich dem an und betont, dass der ursprüngliche Antrag der Bürgerinitiative dahingehend gestellt war, dass die Stadt die Mittel zur Verfügung stelle. Wenn man dem folge bestehe das beschriebene Problem der ausbleibenden Anschaffung eines Anlagegutes nicht. Die Argumentationslinie des Herrn Volmerich sei für sie schwerlich nachvollziehbar. Ratsherr Peters schließt sich dem an.

Ratsherr Mocka sagt, dass er die vorgeschlagene Vorgehensweise des Kämmerers befürworte und damit eine Vertagung in die Haushaltsberatungen sinnig sei. Ratsherr Jung schließt sich dem an und wirbt aufgrund der Abwesenheit von Frau Dr. Schomberg als Ausschussvorsitzende dafür, die Beschlussfassung zu vertagen. Er stellt einen entsprechenden Antrag, dass man in den Haushaltsberatungen über den Antrag beraten und im Anschluss eine Einbringung in den Haushalt erfolgen solle.

Herr Bürgermeister Bommers lässt über den Antrag abstimmen.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
SPD	9	6	3	
FDP	6	6		
Bündnis 90/ Die Grünen	8	8		
GRÜNalternativ	4	4		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2			2
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	53+1	49	3	2

Der Antrag des Ratsherrn Jung wird mehrheitlich angenommen.

10 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2023
Vorlage: RPA/0243/2025

Beschlüsse:

1. Der Rat stellt gem. § 96 Abs. 1 S. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2023 fest.
2. Der Rat beschließt gemäß § 75 Abs. 3 S. 2 GO NRW, den Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 6.881.405,95 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
3. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister für den Jahresabschluss zum 31.12.2023 gemäß § 96 Abs. 1 S. 5 GO NRW uneingeschränkte Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlüsse werden einstimmig gefasst.

Herr Bürgermeister Bommers übergibt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt an Frau stellvertretende Bürgermeisterin Petra Schoppe.

- 11 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Verbot des Badens im Rhein vom 18.08.2025**
Vorlage: FB1/0234/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 18.08.2025 über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Verbot des Badens im Rhein.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

- 12 Änderungen der Gemeindeordnung NRW**
Vorlage: SB9JR/0089/2025

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsherr Focken erfragt, wie die Umsetzung des geänderten §§ 27 und 27a Gemeindeordnung (GO) NRW – insbesondere im Sinne einer Einbindung des neuen Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration sowie der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – erfolgen solle. Zudem sei nicht klar, ob die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verpflichtend wäre.

Herr Justiziar Dr. Saturra antwortet, dass die Gesetzeslage in der Tat eine Einbindung des neuen Ausschusses als beratender Ausschuss in die Beratungsfolge des Rates vorsehe. Dies könne z.B. im Rahmen einer Änderung der Zuständigkeitsordnung verankert werden. Zu der vorgesehenen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werde dagegen kein konkreter Umsetzungsweg vorgeschrieben; der Gesetzgeber zeige lediglich Möglichkeiten auf. Der neue konstituierte Rat müsse dann entscheiden, wie er das konkret ausgestalten wolle, denn die neuen Regeln gelten erst ab dem 01.11.2025. Selbstverständlich bereite die Verwaltung derzeit schon die Vorlagen für die konstituierende Ratssitzung vor; aber zur konkreten Ausgestaltung der von Ratsherr Focken aufgeworfenen Fragen sei aus seiner Sicht ein vorheriges Feedback aus der Politik nötig.

Ratsherr Jung fragt, wie es jetzt mit den bei der Integrationsratswahl gewählten Kandidatinnen und Kandidaten weitergehe. Herr Dr. Saturra antwortet, dass diese nach den entsprechenden Übergangsvorschriften automatisch Mitglieder des neu zu bildenden Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration werden. Dieser sei endgültig gebildet, nachdem der Rat auch die von ihm zu entsendenden Mitglieder benannt hat.

- 13 Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder**

Die Verabschiedung der ausscheidenden Ratsmitglieder findet unter Tagesordnungspunkt 18 statt.

14 Anträge

14.1 Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler vom 14.09.2025 bzgl. Erhalt des Grundstückes "Alter Teich" als Park und Biotop Vorlage: SB9JR/0605/2025

Beschlussvorschlag:

Das Grundstück „Alter Teich“ wird aufgrund der Aufstockung von sozialem Wohnungsbau in Lank und Büberich als Park und Biotop erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		22	
SPD	9		9	
FDP	6		6	
Bündnis 90/ Die Grünen	9		9	
GRÜNalternativ	4		4	
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2		2	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	54+1	2	53	

Ratsfrau Glasmacher greift die geplante Bebauung am RheinEck mit bis zu 70% sozialem Wohnraum auf und sagt, dass unter anderem dadurch der zusätzliche soziale Wohnungsbau in Lank-Latum nicht mehr zwingend notwendig sei. Ratsherr Damblon betont, dass sich an der grundlegenden Situation nichts geändert habe: Man müsse den sozialen Wohnungsbau so gut es geht ausschöpfen. Zudem werde das Grundstück zu maximal 25% bebaut, sodass bei weitem nicht von einem gänzlichen Verlust des Biotops gesprochen werden könne. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schließt sich dem an und betont, dass sie hier eine gute Möglichkeit sehe, genossenschaftliches Wohnen zu schaffen und dem Wohnungsdruck zu begegnen. Ratsherr Jörgens stimmt zu und sagt, dass das Grundstück geeignet und die Vorgehensweise gewinnbringend für die Stadt sei.

Ratsherr Peters sagt, dass das Biotop gänzlich erhalten bleiben müsse. Jedoch müsse man den sozialen Wohnungsbau vom vorliegenden Antrag loslösen. Der Bedarf für den sozialen Wohnungsbau sei akut. Er stellt daher einen Änderungsantrag dahingehend, den Satzteil „aufgrund der Aufstockung von sozialem Wohnungsbau in Lank und Büberich“ zu streichen. Die Ratsherren Mocka und Wagner schließen sich den Ausführungen an.

Herr Bürgermeister Bommers erfragt, ob die UWG-Fraktion aufgrund der Beratungen eine Änderung der Antragsformulierung vornehmen wolle. Ratsfrau Glasmacher verneint.

Herr Bürgermeister Bommers lässt über den von Ratsherr Peters formulierten Änderungsantrag abstimmen.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		22	
SPD	9		9	
FDP	6		6	
Bündnis 90/ Die Grünen	9	9		
GRÜNalternativ	4	4		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Die Fraktion	2	2		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	54+1	17	38	

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

14.2 Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler vom 16.09.2025 bzgl. Digitalen Audioaufzeichnungen von Sitzungen
Vorlage: SB9JR/0606/2025

Ratsherr Mocka sagt, dass es sich hierbei um einen klassischen Haushaltsantrag handle. Ratsherr Jörgens betont, dass die Grundidee gut sei, jedoch ein Gesamtkonzept entwickelt werden sollte. Eine Abstimmung sei zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schließt sich dem an und betont die Zuständigkeit des neuen Rates in dieser Frage. Ratsherr Quaß stimmt dem zu – die Zielrichtung sei jedoch korrekt.

Ratsfrau Glasmacher zieht den Antrag zurück und stellt eine Antragstellung für den Haushalt 2026 in Aussicht.

15 Anfragen

15.1 Anfrage der Fraktion Grün-alternativ bzgl. Bürgerwünsche
Vorlage: SB9JR/0259/2025

Wurde unter Tagesordnungspunkt 8 beraten.

16 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Herr Bürgermeister Bommers berichtet über die Unterzeichnung der Planungsvereinbarung mit der bpd auf der EXPO Real in München. Die Planungsvereinbarung sei nun Grundlage für die weitere Bauleitplanung. Die Stadt habe ihre Interessen gegenüber der bpd mit Nachdruck verdeutlicht. Nun stehe der Notartermin bevor. Eine konkrete Terminierung sei bislang nicht bekannt.

Ratsherr Bertholdt erfragt, ob die Planungsvereinbarung mit der bpd überhaupt rechtliche Bindungswirkung habe. Herr Apsel bekräftigt dies, sie beinhalte darüber hinaus weit über den üblichen Umfang einer solchen Planungsvereinbarung hinausgehende Inhalte. Zusätzlich sei die Planungsvereinbarung vertraglicher Bestandteil des noch folgenden notariellen Kaufvertrages. Er bittet um weitere Aussprache hierzu im nicht-öffentlichen Teil.

17 Termin der nächsten Sitzung: 20.11.2025 (konstituierende Sitzung)

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch findet am 20. November 2025 statt.

18 Verschiedenes

Ratsfrau Kohn erfragt den Sachstand zur Begutachtung der weiterführenden Schulen. Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass erste Erkenntnisse seit Kurzem vorlägen, jedoch noch keine abschließenden Aussagen getroffen werden könnten. Es fehle insbesondere an den Kostenschätzungen der aufgezeigten Maßnahmen. Diese habe man nun wiederum vom beauftragten Fachbüro angefordert. Mit ersten konkreten Ergebnissen sei zum Ende des Jahres 2025/ zu Beginn des Jahres 2026 zu rechnen.

Ratsherr Pricken berichtet über seine Reise in die ukrainische Partnerstadt Fastiv. Der Bürgermeister der Stadt Fastiv richte Grüße an alle Bürgerinnen und Bürger von Meerbusch und danke herzlich für die große Unterstützung und Solidarität. Zudem weist er darauf hin, dass sich vor Kurzem ein Förderverein zur Partnerschaft gegründet habe. In diesem Zusammenhang lobt er ausdrücklich die Zusammenarbeit und Initiative der Stadtverwaltung rund um die Städtepartnerschaft.

Ratsherr Peters erinnert an die notwendige Abstimmung zum Antrag seiner Fraktion zum Thema Verpackungssteuer. Herr Bürgermeister Bommers lässt über den Antrag, die Verwaltung möge zeitnah die Verpackungssteuer einführen/ umsetzen, abstimmen.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	1	21	
SPD	9			9
FDP	6		6	
Bündnis 90/ Die Grünen	9	9		
GRÜNalternativ	4	4		
UWG/ Freie Wähler	2	1	1	
Die Fraktion	2	2		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	54+1	17	29	9

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Bürgermeister Bommers bedankt sich bei den ausscheidenden 21 Ratsmitgliedern für die geleistete Arbeit und den Einsatz im Stadtrat zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Folgende Ratsdamen und Ratsherren scheiden aus:

1. Herbert Becker
2. Kirsten Danes
3. Monika Driesel
4. Thomas Gabernig
5. Aliina Housden
6. Heinz Berend Jansen
7. Nicole Joliet-Heising
8. Dieter Jüngerkes
9. Franz-Josef Jürgens
10. Heinz Jürgen Kaden
11. Gabriele Pricken
12. Heinrich Peter Weyen

13. Daniela Glasmacher
14. Guido Fliege
15. Gerd Dieter Hünseler
16. Wolfgang Müller
17. Joachim Quaß
18. Klaus Rettig
19. Torsten Schmitt
20. Hans Werner Schoenauer
21. Ulrike Boldt

Meerbusch, den 13. Oktober 2025

Christian Bommers
Bürgermeister

Tim Hofmeister
Schriftführer